

## **Working Paper 4/2014**

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

**Oliver Nachtwey**

# **Transnationale Protestbewegungen in der Abstiegs-gesellschaft – die Occupy- Proteste in Deutschland**

ISSN 2194-136X

Oliver Nachtwey: Transnationale Protestbewegungen in der Abstiegs-gesellschaft – die Occupy-Proteste in Deutschland. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 4/2014, Jena 2014.

## Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-  
ForscherInnengruppe –  
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34  
07743 Jena

Internet:  
[www.kolleg-postwachstum.de](http://www.kolleg-postwachstum.de)

Redaktion/Layout:  
Christine Schickert  
[christine.schickert@uni-jena.de](mailto:christine.schickert@uni-jena.de)

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kolleggruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?



Die Kolleg-ForscherInnengruppe zum Thema Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften wird gefördert von der

**DFG** Deutsche  
Forschungsgemeinschaft

Oliver Nachtwey

## Transnationale Protestbewegungen in der Abstiegs-gesellschaft – die Occupy-Protteste in Deutschland

### *Abstract*

Since 2011, a new wave of protest movements has swept across the globe and it is yet unclear whether they constitute a new “cycle of contention”. By looking at the Occupy protests, the paper analyses the transnational character of these protest movements and discusses their relation to a global modernity. Furthermore, it advances the thesis that the Occupy movement represents an emblematic protest movement for western societies that articulates the question of ‘citizenship’ politically and reacts to downward social mobility.

### *Zusammenfassung*

Seit 2011 ist es zu einer neuen Welle von globalen Protestbewegungen gekommen, von der bisher noch offen ist, ob es sich um einen neuen „Cycle of Contention“ handelt. In dem Working-Paper wird anhand der Occupy-Protteste der transnationale Charakter der Protestbewegungen analysiert und der Bezug zu einer globalen Moderne diskutiert. Für die westlichen Gesellschaften, so die These des Papers, ist Occupy eine emblematische Protestbewegung, die die Frage von Citizenship politisch artikuliert und auf sozialen Abstieg reagiert.

### *Address of the Author*

Oliver Nachtwey

Universität Trier  
Fachbereich IV Wirtschaftssoziologie  
Universitätsring 15  
54296 Trier

E-Mail: [nachtwey@uni-trier.de](mailto:nachtwey@uni-trier.de)

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Der arabische Frühling begann Anfang 2011. Inspiriert durch diesen Aufbruch kam es auf der ganzen Welt zu Protesten. Das Jahr 2011 wurde das Jahr der – wie die Financial Times es nannte – „global indignation“ (FT, 29.08.2011). Für Beobachter wie Josef Stiglitz war das Jahr 2011, als der „Protester“ vom *Time* Magazin zur Person des Jahres gewählt wurde, vergleichbar mit den Jahren 1848 und 1968 (Stiglitz 2012; vgl. auch Davis 2011). Aber es blieb nicht nur bei diesen Protestereignissen. In Südeuropa kam es zu einer Reihe von Massendemonstrationen, die sich gegen die Austeritätspolitik ihrer Regierungen wendeten. In Brasilien sowie in der Türkei entstanden später unerwartete Protestbewegungen, in der öffentliche Plätze besetzt und von vor allem jungen Menschen mehr Demokratie gefordert wurde.

Worum handelt es sich bei diesen Protesten und sozialen Konflikten? Inwieweit hängen sie zusammen? Handelt es sich bei diesen Protesten, die sowohl die Länder der OECD-Welt, die südeuropäischen Krisenländer als auch Schwellenländer erfasst hat und durch den arabischen Frühling inspiriert wurden, um einen globalen „Protest Cycle“ bzw. „Cycle of Contention“? Solche Perioden zeichnen sich durch einen Anstieg sozialer Konflikte in verschiedenen Bereichen der sozialen Systeme aus, die zudem mit einer Diffusion neuer taktischer Formen, Frames kollektiven Handelns, Identitäten, usw. einhergehen (Tarrow 2011; McAdam/Tarrow/Tilly 2001). Eine international vergleichende Studie dieser Konflikte steht noch aus und es ist offensichtlich, dass der arabische Frühling und die Occupy-Bewegung trotz einiger Gemeinsamkeiten unterschiedliche soziale Konflikte darstellen. Im Folgenden werden einige analytische Betrachtungen zu den jüngeren Protesten und Konflikten vor allem mit Blick auf die Occupy-Proteste entwickelt und es wird mit Blick auf die Proteste in den westlichen Kapitalismen die These vertreten, dass es sich dabei um Abstiegskonflikte sowie um Konflikte um normative Ansprüche resultierend aus „Citizenship“ handelt, in denen demokratische und soziale Ansprüche auf Bürgerschaft formuliert werden. Als exemplarische Entwicklung wird hierfür der Wandel des sozialen Konflikts in Deutschland und die deutschen Occupy-Proteste herangezogen.

## 2. Occupy als Teil eines transnationalen Protests

Eine Überblicksstudie zur Entwicklung der Protestereignisse (Ortiz et al. 2013) stellt heraus, dass Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, dem Ende der Austeritätspolitik in den europäischen Krisenländern, zur Krise der Repräsentation und des politischen Systems, nach Bürgerrechten und insbesondere nach *realer Demokratie* die Hauptanliegen der Protestierenden in den vergangenen Jahren waren.

Viele der Konflikte wiesen erhebliche Gemeinsamkeiten auf, etwa in der Nutzung von Social Media, den Forderungen nach Demokratie oder isomorphen sozial-räumlichen Protestformen (*Camps*). Es sind häufig urbane Konflikte, von hauptsächlich jungen und relativ gut qualifizierten Menschen, die öffentliche Gemeinschaftsgüter (*Commons*), soziale Gerechtigkeit und Demokratie thematisieren – meist in Verbindung mit Versuchen der Aneignung von öffentlichen Räumen und demokratischen Laboratorien (*Assemblies*). Auffällig war zudem, dass viele der Proteste sich gegen die politischen Eliten

---

<sup>1</sup> Einige Argumente dieses Papers wurden bereits an anderer Stelle ausgeführt (Nachtwey 2013; Decieux/Nachtwey 2014)

und in Abgrenzung von tradierten politischen Formen der Interessenartikulation (z.B. Gewerkschaften und Parteien) formierten.

Die jüngsten Proteste und Konflikte waren *wechselseitig voneinander inspiriert und aufeinander Bezug nehmend*. Im Mai 2011 entstand die Bewegung der Indignados (15-M) in Spanien, als vornehmlich junge, prekär beschäftigte, gleichwohl qualifizierte Menschen Plätze in Spanien besetzten. Die Indignados (Empörten) fühlten sich von den Aufständen des arabischen Frühlings, vor allem vom Tharir-Platz, inspiriert. Occupy Wall Street (OWS), die Besetzung des Zucotti Parks, die sich selbst als Bewegung in viele Länder fortpflanzte, war wiederum von den Ereignissen in Spanien wie auch vom arabischen Frühling inspiriert (Occupy begann mit dem Tweet: „Are you ready for a Tharir Moment?“). Die Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen war dagegen von den spanischen Protesten inspiriert. Und Occupy in Deutschland war ebenfalls von OWS und den Indignados beeinflusst und gehörte zur globalen Protestwelle.

Bei vielen der Proteste, wie etwa im Fall von Occupy, handelt es sich um ein transnationales Phänomen. Allein am 15. Oktober gab es auf der ganzen Welt angeblich 900 Demonstrationen und Proteste sowie mehrere hundert Camps. Allerdings verbleibt der Aktivismus meist lokal bzw. im nationalen Rahmen. Occupy thematisierte den globalen Finanzkapitalismus und seine Verteilungs- und Demokratiedefizite („Wir sind die 99%“) in der Form lokaler, urbaner Proteste, die demokratische (und häufig kapitalismuskritische) Anliegen mit nationalspezifischen Problemlagen verbinden. Insgesamt gilt für die Proteste seit 2011: Der Adressat der großen Mehrheit der Proteste ist die nationale Regierung (Ortiz et al. 2013). Damit unterscheidet es sich von der globalisierungskritischen Weltsozialforumsbewegung/dem Global Justice Movement, die als Vorläufer von Occupy gelten können.

Die Global Justice Bewegung gründete sich als Bewegung gegen transnationale Organisationen wie etwa die WTO. Hier wurden zumeist lokale Anliegen in einen globalen Kontext gestellt. Deshalb haben beispielsweise auch in Seattle amerikanische Stahlarbeiter zusammen mit Gegner von genveränderten Lebensmitteln und Frauenrechtlerinnen gegen die Gründung der WTO demonstriert. Sie verstanden sich allerdings als „Movement of Movements“ mit einer pluralistischen Identität, die sich selbst häufig als „counterculture“ gesehen haben (Della Porta et al. 2003). Bei den neuen Protesten wie Occupy verhält es sich allerdings anders. Sie stehen zwar in einem globalen Zusammenhang, folgen aber einer anderen Dynamik. Sie umfassen im Wesentlichen Proteste, die in ihrem Selbstverständnis Proteste der majoritären *demokratischen Souveränität* (popular sovereignty) sind (Gerbaudo 2014). Diese Souveränität sehen die Protestler durch die Transnationalisierung des Staates und die wachsende Distanz zu politischen Eliten untergraben.

### **3. Globale Moderne, Ökonomisierung und die Krise der Demokratie**

Die neuen Konflikte entstehen in einer global geteilten Konstellation. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der nationalen Entwicklungsmodelle sind kapitalistische Demokratien Teil einer *globalen Moderne*. Beim Konzept der globalen Moderne werden, anders als beim Konzept der multiplen Modernen, Fragen von politischer und ökonomischer Integration, von kollektiver und individueller

Selbstbestimmung immer auch in Verbindung zu einer historischen und globalen Konnektivität betrachtet (Wagner 2012).<sup>2</sup>

Die „organisierte Moderne“ des 20. Jahrhunderts beruhte auf innerer Standardisierung, Homogenisierungen und Normierungen, aber vor allem auf der Herausbildung der Nationalstaaten und ihrer Grenzen. Die interne Inklusion beruhte auf der externen Exklusion. Die interne Anerkennung von (sozialen) Staatsbürgerrechten ging einher mit der externen Nicht-Anerkennung von Nicht-Staatsbürgern (Wagner 1995). Die organisierte Moderne kulminierte in einer sozialen Moderne während des Goldenen Zeitalters, jener kurzen Periode des Kapitalismus von 1950-73, als allein in Westeuropa das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 4,8 Prozent betrug. Die Wohlfahrtsstaaten wurden umfassender institutionalisiert, ihre Leistungen ausgebaut. Arbeit und Arbeitsbedingungen wurden reguliert und humanisiert, die Gewerkschaften erhielten einen festen Platz in der Demokratie. Konsummöglichkeiten wurden erweitert, Lebensstile modernisiert. Die Gesellschaft hatte den Markt sozial eingebettet, um sich vor seinen satanischen Mühlen zu schützen (vgl. Polanyi 1995; Dörre 2009; Lessenich 2008).

Alte Klassenschranken wurden abgetragen, Klassenidentitäten abgeschmolzen, soziale Mobilität und Bildungschancen wuchsen. Vor allem die Kinder aus Arbeiterklassenfamilien erreichten ein bislang nicht gekanntes Niveau der individuellen Entfaltungsmöglichkeit. Die unteren Klassen fuhren durch den kollektiven „Fahrstuhleffekt“ mit nach oben, wie es Ulrich Beck genannt hat (Beck 1986). Die Ungleichheiten zwischen Oben und Unten blieben zwar bestehen, verloren aber an Bedeutung, weil es allen – über Klassenschranken hinweg – besser ging.

Stückweise hat diese Konstellation seit den 1970er Jahren an Prägekraft verloren – vor allem, weil der Kapitalismus nicht mehr die phänomenalen Wachstumsraten des Goldenen Zeitalters erlangte. Nach 1973 begann die Wachstumskrise des westlichen Kapitalismus, für die er bis heute noch keine Lösung gefunden hat. Der soziale Kapitalismus machte sukzessive dem Finanzkapitalismus Platz. Markt- und Wettbewerbsmechanismen wurden in nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche implementiert. Aber die Vermarktlichung konnte das Versiegen der Wachstumskräfte nicht aufhalten. Ein neuer Wachstumspfad blieb aus. Etwa 3 Prozent Wachstum braucht der Kapitalismus nach dem „Okunschen Gesetz“ (vgl. Samuelson/Nordhaus 1998), um Arbeitslosigkeit abzubauen und gute Jobs zu schaffen. In den letzten Dekaden wuchs er durchschnittlich jedoch nur noch um 2 Prozent. Alle Anstrengungen, mehr Wachstum zu erzeugen, ob durch keynesianische Programme, neoliberale Deregulierungen oder durch die Flut billigen Geldes, reichten nicht aus, den westlichen Kapitalismus auf einen stabilen Wachstumspfad auszurichten (Harvey 2010).

Zudem wurde durch die Globalisierung die organisierte Moderne zunehmend perforiert, der Nationalstaat konnte die externe Exklusion nicht mehr aufrechterhalten. Es entstanden Räume transnationaler Staatlichkeit (wie etwa die Europäische Union), in denen nationalstaatliche Souveränität und territoriale Integrität sowie Zugehörigkeit auf zahlreichen Ebenen neu strukturiert und wechselseitig

---

<sup>2</sup> Allerdings ist der geschilderte Zusammenhang der Krise des demokratischen Kapitalismus in der globalen Moderne aus der Perspektive fortgeschrittener westlicher Kapitalismen entwickelt worden. In diesen herrscht eine andere Dynamik der Demokratie als in den Schwellenländern. Überall wird die Demokratie herausgefordert (contested), aber mitunter in gänzlich anderen Dynamiken. Die Diagnose des schleichenden Niedergangs der Demokratie trifft für die Schwellenländer in dieser Form nicht zu (Wagner 2013).

überlagert werden. Die Globalisierung legt nicht den Nationalstaat lahm, auch im 21. Jahrhundert bleibt er eine zentrale Größe politischer Einbettung und Steuerung, gleichwohl denationalisiert und transnationalisiert der Nationalstaat sich selbst (Sassen 2008). Transnationalisierung ist jedoch keine Sphäre, die homolog und überdeterminierend auf andere Sphären wirkt, sie bedeutet vielmehr ein Set von gesellschaftlichen Relationen und Räumen, das mit dem Nationalen und Lokalen verschränkt ist.

Als geteiltes Moment dieser Entwicklung fungiert hierbei die globale Ökonomisierung: Die Ausbreitung, Diffusion und Intensivierung der Logik des Marktes. Viele Autoren diskutieren gar, ob es sich gesellschaftlich um eine weitere „große Transformation“ (Polanyi 1995) handelt, in der auf globaler Ebene die Gesellschaft dem Markt untergeordnet wird (Burawoy 2010; Webster et al. 2008; Fraser 2013). Wurde das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie in der Modernisierungstheorie bisher vor allem komplementär gesehen, tritt es in der globalen Moderne als spannungsgeladen hervor: Das politische Ordnungssystem Demokratie beruht auf der Gleichheit der Bürger, während das ökonomische Ordnungssystem Kapitalismus auf ihrer ökonomischen Ungleichheit fußt (Habermas 1973; Offe 1972). Der Wandel der Moderne wird für die westlichen Kapitalismen als „Krise des demokratischen Kapitalismus“ oder als „Postdemokratie“ analysiert, in der die Interessen des Kapitals die Demokratie untergraben. Die demokratische Souveränität verliert an Geltung, der *demos*, der Bürger an Bedeutung; internationale Kapitalinteressen setzen sich durch, während der sozialstaatliche Schutz und die Interessen der Arbeiter zurückgedrängt werden (Schäfer/Streck 2013; Crouch 2008, Wagner 2012). Eine Folge sind neue Legitimationsprobleme: Unzufriedenheit, Politikverdrossenheit und (asymmetrische) Wahlabstinenz (Nachtwey 2010; Schäfer 2013). Statt „welfare state and mass loyalty“ gilt in den westlichen Gesellschaften nun die Formel „liberal society and citizen disaffection“ (Wagner 2012: 101).

#### 4. Globale Moderne, Citizenship und Konflikt

In der klassischen Diskussion von Citizenship in Anlehnung an Marshall entwickelte sich eine Stufenleiter von zivilen, politischen und sozialen Rechten. Diese Rechte konstituieren eine (staats-)bürgerliche Gleichheit, die gleichwohl mit sozialer Ungleichheit kompatibel ist. Denn bürgerschaftliche Gleichheit legitimiert gleichzeitig bestehende soziale Ungleichheiten (Marshall 1992).<sup>3</sup> Citizenship hat sowohl eine passive Seite (Freiheit von), als auch eine aktive, partizipatorische Seite (Freiheit zu). Citizenship ist also mehr als nur ein Rechtsstatus, eine selbstreflexive Grundlage für Partizipation und normative Ansprüche (Habermas 1998).<sup>4</sup> Diese erwachsen vor allem aus der demokratischen

---

<sup>3</sup> In der außereuropäischen Diskussion wird Citizenship zudem mit einer stärkeren Differenzperspektive verwendet. Ausgangspunkt bleibt zwar auch hier der Maßstab der bürgerschaftlichen Gleichheit, aber es artikuliert – etwa in den südamerikanischen und südafrikanischen Diskussionen – auch die Differenzierung von Statusgruppen untereinander (Holston 2008; Dagnino 2003; Taylor 2004, von Holdt 2011; Comaroff/Comaroff 1999).

<sup>4</sup> Citizenship wurde lange Zeit durch Modernisierungstheorien als zentraler Faktor der Integration angesehen. Klassischerweise wurde der Ansatz von Marshall als evolutionäre Erfolgsgeschichte der wachsenden staatsbürgerlichen Integration der Arbeiterschaft gesehen (Marshall 1992). Dies resultiert aus dem Charakter von Modernisierungstheorien als Integrationstheorien, die analysieren, wie sich Gesellschaften durch funktionelle Differenzierung und normative Ordnungen an neue Herausforderungen anpassen (Parsons 1972). Auch wenn sich Citizenship als wichtiger Integrationsmodus moderner Gesellschaften bewies, so war es doch Produkt vergangener Konflikte (Giddens 1982, Turner 1990).

Gleichheitsdimension von Citizenship (Rosanvallon 2013), die für die Subjekte die *Anerkennung* von Rechten und sozialer Wertschätzung impliziert (Sassen 2008; Honneth 1994). Der *demos* wird durch Citizenship konstituiert, aber vor allem begründet Citizenship die Forderung nach kollektiver Mit- und Selbstbestimmung, nach politischer (Volks-)Souveränität. Citizenship beinhaltet einen normativen Anspruch auf Geltung wie auch einen gleichzeitigen Geltungsüberhang, es bezieht sich auf die reale Inklusion in die Gesellschaft wie auch auf die *imaginäre Institution* (Castodiriadis 1990). Gerade aus letzterer kann sich ein „transformatorisches“ Potential, kurzum, ein Konfliktpotential entwickeln (Hartmann/Honneth 2010: 225). Citizenship erwächst aus der (zugewiesenen wie auch imaginierten) Gemeinschaft und hat einen eigenen Geltungsüberhang.

In der globalen Moderne gewinnt die Kategorie *Citizenship* wieder enorm an Bedeutung. Der Ausgangspunkt ist das *Verhältnis von Bürger und Staat*. Citizenship konfiguriert die Zuteilung, die Inklusion und Exklusion von Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Rechten. Durch die Globalisierung wird der ehemals relativ eindeutige Zusammenhang von Territorium, Nationalstaat, Staatsbürgerschaft, Rechten und Souveränität neu bestimmt. Die klassische Verbindung von Citizenship und Souveränität konfiguriert mit einer postnationalen Ordnung, in der transnationale Organisationen und Ordnungen (Europa, IWF, WTO) die nationale Souveränität unterlaufen. In den Nationalstaaten entstehen durch die Transnationalisierungsprozesse neue politische „Assemblagen“ aus Territorium, Autorität und Rechten gleichermaßen transnationale und nationale Teilsysteme, die Citizenship restrukturieren. Durch die Transnationalisierung und globale Ökonomisierung wird Citizenship neu konfiguriert. Die nationalstaatliche Zugehörigkeit hybridisiert sich und die aus Citizenship resultierenden Rechte unterliegen ebenfalls einem tiefgreifenden Wandel. Während neue soziale Rechte auf transnationaler Ebene entstehen, erodieren soziale Rechte, die an die Form des Nationalstaats in der organisierten Moderne gebunden waren (Joppke 2010; Brinkmann/Nachtwey 2013, 2014; Faist 2009). In der Globalisierung hat sich durch eine Reihe von Mikrotransformationen die Distanz von Bürgern und Staat erheblich erhöht (Sassen 2008, Ong 2006).

Durch die Transnationalisierung wurden die über den Nationalstaat organisierten Bezugssysteme von demokratischer Souveränität und Legitimation sowie des Sozialstaats ausgehöhlt (Offe 2003; Streeck 1998). Als „politischer Inhalt der Massendemokratie“ (Habermas 1981: 510) bearbeitete und befriedete der Sozialstaat partiell den gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit und legitimierte die marktwirtschaftliche Ordnung. Durch den Wohlfahrtsstaat wurden die sozialintegrativen Kräfte auf den Ort des „strukturell wahrscheinlichsten Konfliktes [gelenkt], um ihn desto wirksamer latent zu halten“ (Habermas 1973: 57). Was Wolfgang Streeck (2013) rückblickend den „demokratischen Kapitalismus“ nennt, beruhte folglich auf einem komplexen und komplementären Arrangement von ökonomischen, sozialen und politischen Teilhabemechanismen.

## 5. Citizenship und sozialer Abstieg

In Folge der Globalisierung (und später der Politik der Austerität) wuchs jedoch die Ungleichheit, die soziale Sicherheit und die Aufstiegs-mobilität nahmen ab (Doering-Manteuffel/Raphael 2009). Die Entwicklungsrichtung der deutschen und europäischen Gesellschaften veränderte sich. Aus den



Gesellschaften des Aufstiegs und der sozialen Integration wurden Gesellschaften des Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung (Castel/Dörre 2009). Vor allem fand ein „Abstieg auf jener Leiter“ der Staatsbürgerrechte statt, auf der die Bürger der europäischen Staaten am Ende möglicherweise lediglich mit der „Rechtsausstattung eines (neo-)liberalen Marktteilnehmers“ dastehen (Offe 2003: 250f). Insbesondere die industriellen und sozialen Staatsbürgerrechte wurden reduziert (Brinkmann/Nachtwey 2013, 2014).

Diese Entwicklung zeigte sich exemplarisch in Deutschland (vgl. zum Folgenden Nachtwey 2013). In den letzten 20 Jahren haben sich Lohneinkommen und Verteilungsrelation negativ entwickelt (Wehler 2013). Aber dies ist nicht die entscheidende Veränderung. Grundlage für diesen Prozess ist der institutionelle Wandel des deutschen Kapitalismus. Dieser Wandel setzte bereits in den 1980er Jahren ein, kulminierte jedoch erst zu Beginn des neuen Jahrtausends in einem „systemic change“ (Streeck 2009: 93–105).<sup>5</sup> Insbesondere die institutionellen Kerne des demokratischen Kapitalismus – Wohlfahrtsstaat, Mitbestimmung und Tarifsystem – erodierten in den letzten Dekaden. Die Reichweite von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung ist in den letzten Jahrzehnten enorm zurückgegangen. Nur noch 54 Prozent der Beschäftigten im Westen und lediglich 37 Prozent im Osten sind an einen Branchentarifvertrag gebunden. Die Tarifbindung ließ seit 1996 um 14 Prozent (West) und 19 Prozent (Ost) nach. Nur noch 29 Prozent (West) beziehungsweise 17 Prozent (Ost) der Beschäftigten arbeiten in einem Unternehmen mit Branchentarifvertrag *und* Betriebsrat (Ellguth und Kohaut 2012). Treibende Kräfte dieser Entwicklung waren neben veränderten Unternehmensstrategien die Privatisierungen und Liberalisierungen des öffentlichen Dienstes seit den 1990er Jahren (Streeck 2009).

Die Agenda-2010-Reformen vor einer Dekade brachten einen umfassenden Wandel des Sozialstaats mit sich. Zuvor dekommodifizierende<sup>6</sup> Elemente wurden geschwächt oder abgebaut, ebenso diverse Arbeitsmarktregulierungen. Der Sozialstaat wurde nach den Prinzipien „Fordern und Fördern“, „Aktivierung“ und „strenge Zumutbarkeit“ umgebaut – was im Kern einem Abbau sozialer Staatsbürgerrechte gleichkam (Dörre et al. 2013; Dingeldey 2007; Fleckenstein 2012; Lessenich 2008).<sup>7</sup>

In der Arbeitswelt haben sich durch die Kombination von Sozialstaatumbau und Arbeitsmarktderegulierungen neue „staatsbürgerliche Defizite“ herausgebildet (Lockwood 2000). Stammeschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Entgelte, sondern auch im betrieblichen Status und den Teilhabemöglichkeiten mitunter gravierend von Leiharbeitern, befristet Beschäftigten und Werkvertragsnehmern. Die Sozialfigur des Leiharbeiters ist emblematisch für staatsbürgerliche Defizite: Zwar verfügt der Leiharbeiter über die

---

<sup>5</sup> Dieser Wandel vollzieht sich im spezifischen Institutionensystem des deutschen Kapitalismus, wird aber im Prinzip in den meisten europäischen Staaten nachgeholt.

<sup>6</sup> Der Sozialstaat ist eine dualistische Institution, in der Kommodifizierung *und* De-Kommodifizierung politisch beständig rekombiniert werden. Erst wenn der Lohnarbeit ihre zentralen Risiken genommen sind (Dekommodifizierung), kann man sie verallgemeinern (Kommodifizierung). In diesem Sinne federt der Sozialstaat zwar die Marktrisiken ab, macht den Markt aber zur Grundlage seiner Interventionen. Die Erwerbsarbeit wird nicht vom Markt befreit, sondern unter dem Primat marktvermittelter Vergesellschaftung sozial reguliert (Lessenich 1998).

<sup>7</sup> Marshall hatte die Staatsbürgerrechte als „Eindringen des Status in den Vertrag“ betrachtet (1992: 82). Mit den sogenannten „Eingliederungsvereinbarungen“ in der Arbeitsmarktpolitik wird dieser Prozess umgekehrt: Soziale Rechte werden über Verträge reguliert.

vollen Mitbestimmungsrechte in seinem Verleihbetrieb, im Entleihbetrieb – dort, wo er real arbeitet und betrieblich vergemeinschaftet wird – sind seine Mitbestimmungsrechte jedoch beschnitten und sein Beschäftigungsstatus ist unsicher. Er ist nicht nur materiell schlechter gestellt, sondern in Fragen der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes und der betrieblichen Sozialintegration gegenüber den Stammbeschäftigten in der Regel herabgesetzt. Zudem sinken durch den vermehrten Einsatz von atypischer Beschäftigung und Werkverträgen die betriebliche Mitbestimmungsressourcen (Brinkmann und Nachtwey 2013).

Auch die Aufstiegs-mobilität ist ins Stocken geraten (Pollack 2010). Bei der sozialen Mobilität liegt die Anzahl der Aufstiege im intergenerationalen Vergleich zwar immer noch ein Mehrfaches über den Abstiegen, aber die Dynamik hat sich erheblich verlangsamt. Vor allem handelt es sich bei der gemessenen Mobilität um eine *berufliche* Mobilität, die die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nicht in den Blick nimmt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die weniger soziale Sicherheit, Integration und Nachhaltigkeit bieten, haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Es sind neue Zonen der Prekarität entstanden, die auch bei höher qualifizierten Berufen und Mittelschichtsangehörigen Unsicherheiten und Abstiegsängste produzieren (Vogel 2009; Burzan und Berger 2010). Zudem haben sich neue Schichten gesellschaftlicher und politischer Exklusion entwickelt, die kaum mehr Einzug in die Zonen der Sicherheit und Stabilität finden: Arbeitslosengeld II-Empfänger, Niedriglohnbezieher etc. (Castel und Dörre 2009; Dörre et al. 2013). Fasst man die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialstaat zusammen, dann lässt sich feststellen: Eine wachsende Gruppe von Menschen unterliegt Defiziten bezüglich der sozialen Staatsbürgerrechte und der gesellschaftlichen Wertschätzung (Honneth 2013: 34 ff). Und gleichzeitig setzen sich die politischen und ökonomischen Eliten im Finanzkapitalismus über soziale Normen hinweg und geben gestiegenen Ungleichheiten keine integrierenden Legitimationen mehr (Neckel 2011; Neckel und Dröge 2002). Durch diese Entwicklungen sind strukturelle, institutionelle und gemeinschaftliche Voraussetzungen für soziale Integration ausgehöhlt worden. Vielen Menschen mangelt es an organisationalen Stabilitäten und solidarischer Sozialität, sie haben Abstiegsängste; Individualisierung und Subjektivierung werden als Belastung wahrgenommen. Die Entwicklungen der Abstiegs-gesellschaft transformieren die überlieferte soziale Moderne.

## 6. Neue Konflikte und Occupy

Aber eine große Transformation hat in der Vergangenheit auch immer eine gesellschaftliche Gegenbewegung produziert (Polanyi 1995). Gerade durch die Globalisierung und die Herausbildung transnationaler Institutionen hat sich global ein „market serving governance“ durchgesetzt, das die Wahrscheinlichkeit für soziale Konflikte auf globaler Ebene ansteigen lässt (Webb 2006). Gerade in den südeuropäischen Krisenstaaten entstanden in den letzten Jahren darum neue polanyische Konflikte, eine Selbstverteidigung der Gesellschaft gegen den Markt, weil die überlieferten Rechte aus der Citizenship in politischer und sozialer Hinsicht (etwa durch die Indignados, Echte Demokratie Jetzt, etc.) als verletzt empfunden wurden. Es waren Abstiegs-konflikte in den entwickelten Kapitalismen in der

Form – so in einer vorläufigen heuristischen Formulierung – einer *Indignant Citizenship*: Konflikte gegen die Aushöhlung und die Verteidigung von Citizenship. Aber auch in jenen Staaten Europas, die weniger der Politik der Austerität unterworfen sind, gibt es Konflikte um sozialen Abstieg und die Rücknahme sozialer Rechte (Nachtwey 2013).<sup>8</sup>

Historisch betrachtet beruhen soziale Konflikte auf mehr oder weniger großer Ungleichheit, auf Status- und Klassenunterschieden. Aber aus den strukturellen, jedoch latenten Quasigruppen werden nur unter bestimmten Bedingungen manifeste Konfliktgruppen (Dahrendorf 1957). Ungleichheit als solche erzwingt keinen Protest, ebenso führt steigende soziale Ungleichheit nicht automatisch zu ansteigenden sozialen Konflikten. Soziale Konflikte entstehen, so das Ergebnis zahlreicher historischer und soziologischer Studien, aus der Erfahrung von sozialer Ungerechtigkeit, aus der Spannung von gesellschaftlichen Normen sowie Anrechten und ihrer Missachtung. Sie entstehen häufig dann, wenn es kollektive Momente der Missachtung gibt und wenn ein scharfer institutioneller Wandel und/oder Einbrüche in den Alltagsroutinen geschehen (unter anderen Thompson 1980; Moore 1982; Piven und Cloward 1986; Dahrendorf 1992).<sup>9</sup> Durch die partielle De-Institutionalisierung des sozialen Konflikts und die zynische Verletzung normativer Prinzipien<sup>10</sup> gewinnen Fragen von Anerkennung und Moral wieder stärker an Bedeutung. Dies zeigt sich sowohl in Arbeitskonflikten als auch in sozialen Bewegungen.

Die Streikbewegungen im Reinigungsgewerbe oder in der Kindererziehung waren nicht allein tarifliche Lohnrunden, sondern gleichermaßen Anerkennungskämpfe (Brinkmann und Nachtwey 2010). Es ging um Sichtbarkeit, Status, Würde und Respekt gegenüber den Reinigungskräften und Kindererzieherinnen. Weibliche, häufig prekäre und mitunter zugewanderte Beschäftigte – Gruppen, die man bisher nicht auf der Liste der Bataillone des Proletariats hatte – waren die Kerngruppen dieser Streikbewegungen, sie forderten Anerkennung für ihre Arbeit und ihre Rolle in der Gesellschaft. Auch bei den jüngeren Streikbewegungen bei dem Internetversandhändler Amazon oder im Einzelhandel (die Arbeitskämpfe werden mit der Parole „Mehr Respekt im Handel“ geführt) kämpfen die Streikenden um ihre Anerkennung als Beschäftigte *mit eigenen Rechten* und um *soziale Wertschätzung*: Die teilweise vorgenommene Kündigung des Tarifvertrages im Einzelhandel wird von den Beschäftigten als kollektive Missachtung gesehen. In europäischer Perspektive sehen wir auch radikalere Formen nicht-normierter Konflikte – beispielsweise Bossnapping (Schmalz und Weinmann 2013).

Durch die Austeritätspolitik in den europäischen Krisenstaaten wurden auch traditionelle Formen des sozialen Konflikts, Massen- und Generalstreiks, wiederbelebt, die durch den europäischen Abbau von Sozialstaaten, Arbeitnehmerrechten und gewerkschaftlicher Mitbestimmung ausgelöst wurden (Hamann et al. 2013). Dass in Deutschland die sozialen Konflikte noch verhältnismäßig latent geblieben sind, liegt nicht nur an der relativen ökonomischen Stabilität. Vor allem die Kombination aus institutioneller Stabilität und relativ stabilen Routinen des Alltagslebens war und ist ein wesentlicher Grund für das

---

<sup>8</sup> In jüngerer Zeit wurde die Frage von Citizenship als Konflikt auch in der europäischen Sozialphilosophie aufgenommen. Dies spiegelt sich auch in der jüngeren europäischen Sozialphilosophie wieder (z.B. Abensour 2012, Fischer-Lescano/Möller 2012).

<sup>9</sup> Die Forschung zu sozialen Bewegungen (zum Beispiel Tarrow 2011) hat weitere Faktoren hervorgehoben, die das Entstehen von sozialen Bewegungen erleichtern. Diese orientieren sich aber eher an den materiellen und kognitiven Ressourcen sowie den Gelegenheitsstrukturen der Bewegungen und weniger an den konfliktsoziologischen Befunden.

<sup>10</sup> Etwa wenn Bankmanager ihre Vergütung nach dem Leistungs- und Verantwortungsprinzip legitimieren, sich aber in der Krise weder verantworten noch nachhaltige Abschlüsse bei negativer Leistung in Kauf nehmen müssen.

Ausbleiben großer Protestbewegungen. Zumal das Bild des sozialen Friedens der Ungleichzeitigkeit von Arbeitsmarktderegulierungen geschuldet ist. Vor zehn Jahren mobilisierten Gewerkschaften und linke Initiativen zu den größten Sozialdemonstrationen der jüngeren Nachkriegsgeschichte gegen die Beschneidung von Anrechten durch die Agenda 2010. Dazu kamen postraditionale Protestbewegungen wie die Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-IV-Gesetze. Trotz der bekannten Schwierigkeiten von Prekären, politisch zu partizipieren, waren an dieser Bewegung vor allem Arbeitslose beteiligt (Rucht und Yang 2004).

Einen anderen Typ neuerer sozialer Konflikte verkörpern die Occupy-Proteste (Brinkmann et al. 2013; Decieux/Nachtwey 2014). Hierbei handelt es sich um eine hybride Transformation der (nunmehr alten) Neuen Sozialen Bewegungen. Occupy schließt an deren Tradition – etwa in Fragen demokratischer Partizipationsformen und postmaterialistischer Einstellungen – an, geht aber in mehreren Hinsichten über sie hinaus. Die Neuen Sozialen Bewegungen verfolgten „Projekte in der Gesellschaft“ und nicht mehr die „Gesellschaft als Projekt“, wie es noch bei der Arbeiterbewegung der Fall war (Rucht 1999). Die Parole „Wir sind die 99 Prozent“ zeigt demgegenüber, wie stark Occupy sich als systemische Bewegung versteht, die die Gesellschaft als Projekt betrachtet.<sup>11</sup> Das systemische Moment bei Occupy lag in der Natur der Sache, schließlich wurden die Banken von der Politik in Folge der Krise als „systemrelevant“ zertifiziert. Occupy hingegen steht für die symbolische Repräsentation der Mehrheit der Bevölkerung – sowohl in der *Verteilungs-* als auch in der *Herrschaftsdimension*, da die 1 Prozent aus Sicht der Aktivistinnen und Aktivisten nicht nur den Reichtum, sondern auch die politische Macht monopolisiert haben. Mit der Kritik des Finanzkapitalismus widmet sich Occupy zudem einem transnationalen Phänomen, das synchron von anderen Occupy-Gruppen auf der ganzen Welt kritisiert wird.<sup>12</sup> Es handelt sich insofern um Citizenship-Konflikte, als hier die Frage der demokratischen Rechte des demos als auch der für die Demokratie notwendigen relativen *Beziehungsgleichheit* thematisiert wird (Rosanvalon 2013). Denn „Demokratie erfordert ein gewisses Maß an Gleichheit, was die tatsächlichen Möglichkeiten aller Bürger angeht, auf die politischen Entscheidungen einzuwirken“ (Crouch 2008: 26).

Die deutschen Occupy-Aktivistinnen und -aktivisten sind häufig prekär beschäftigt und haben eine große Distanz zu traditionellen Formen der politischen Repräsentation. Die prekäre ökonomische Lage vieler Occupy-Teilnehmer verdeutlicht neben der Parole der 99 Prozent auch, dass sich bei Occupy – nach der Unterscheidung von Luc Boltanski und Ève Chiapello – „Sozialkritik“ und „Künstlerkritik“ miteinander verknüpfen. Bei Occupy verbindet sich die Prekarität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer häufig mit einer guten Ausbildung und hoher Qualifikation. Wie bei den spanischen Indignados geht für viele aus dem Umfeld von Occupy das Versprechen der liberalen Marktwirtschaft nach Chancengleichheit, nach Aufstieg und Sicherheit durch Bildung und Leistung nicht mehr auf (vgl. Kraushaar 2013).

<sup>11</sup> Dies zeigt sich in den Krisendiagnosen und darin, was Occupy-Aktivisten und -Aktivistinnen vornehmlich kritisieren. Sie geben den systemischen Ursachen (etwa bei der Frage nach den Gründen der Finanzkrise) vor subsystemischen oder gar personalisierten den Vorzug (vgl. Brinkmann et al. 2013).

<sup>12</sup> Dieses Element hatte in der Bewegung der Globalisierungskritik seinen Vorläufer, aber der Unterschied war, dass bei der Globalisierungskritik vor allem lokale Themen in einen globalen Zusammenhang gestellt wurden. Bei Occupy hingegen wurde gegen ein transnationales System lokal Widerstand ausgeübt.

Occupy thematisierte das notorische Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie (vgl. Streeck 2013; Wagner 2013; Nachtwey 2010). In der Form war Occupy selbst post-traditional. Dies reicht vom „illegalen“ Camp auf öffentlichen Plätzen bis zur permanenten Versammlungsdemokratie. Damit symbolisiert Occupy auch eine Antwort auf die vieldiskutierte „Krise der Repräsentation“ (zum Beispiel Linden und Thaa 2011) der tradierten kollektiven Interessenorganisationen, denn man lehnte das traditionelle Repräsentations- und Delegationsprinzip politischer Organisationen ab.

Aber Occupy war auf eine widersprüchliche Art und Weise in die Postdemokratie verstrickt. Occupy und die Indignados sind vornehmlich horizontale Bewegungen, die in der Öffentlichkeit für eine große Debatte gesorgt haben. Diese neuen Protestbewegungen agieren an den etablierten linken Akteuren, nicht immer, aber oftmals vorbei, weil sie von den Protestierenden als Teil des Establishments, als Teil des Problems, wahrgenommen werden. Es ist eine *Krise der Repräsentation* der linken Organisation. Vor allem begegnen wir aber einer *Krise linker Imagination* auf beiden Seiten, es fehlen plausible und praktische Ideen – weder für eine andere Politik noch eine andere Gesellschaft. Für die Aktivisten ist die Form des Protestes – die hierarchiefrei, parteiferne, solidarische Diskussion – bereits die Miniatur der anderen Welt.

Der radikaldemokratische Impuls von Occupy war auch ein anti-institutioneller, ja fast post-politischer (Ranciere 1996). Außer der Versammlungsdemokratie lehnten die AktivistInnen in der Mehrheit nicht nur eine formelle Organisation durch Vereine o.ä. ab. Sie weisen auch in der Mehrzahl die klassischen politischen Formen der Repräsentation und Delegation zurück. Occupy praktizierte oftmals eine radikale *Politik der ersten Person*. Einzelne AktivistInnen konnten nicht für Occupy sprechen und nicht für Occupy auftreten, sondern nur für sich selbst – es gab, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt eine *politische Mandatierung*. Die radikaldemokratische Inklusion der Versammlungsdemokratie war für Arbeitnehmerinnen oder Familienväter mit einem begrenzten Zeitbudget in der Praxis real exkludierend. Auch war die Kooperation mit anderen, traditionellen politischen Organisationen teilweise von sektiererischer Distanz geprägt (Calhoun 2013; Greenwald 2012).

Die eigene Verstrickung in die Postdemokratie war einer der Gründe, warum aus Occupy keine weitergehende soziale Bewegung entstand. Aber Occupy kann als Teil eines globalen Protestzyklus gesehen werden, der mit dem arabischen Frühling einsetzte und bis heute andauert. Occupy als Protestbewegung im engeren Sinne mag sich aufgelöst haben, aber der generelle Protestzyklus wird sich wahrscheinlich unter einem anderen Namen fortsetzen (Calhoun 2013). Denn schließlich ist die gesellschaftliche Problemkonstellation, in der Occupy entstanden ist, nach wie vor präsent: Nach wie vor unterliegt das *Staatsvolk* der Bürger dem *Marktvolk* der Finanzmarktakteure (Streeck 2013).

Kurzum, der zuvor latenten Grundkonflikt der Demokratie tritt wieder zutage: Die Spannung von Freiheit und Gleichheit in der Staatsbürgerschaft. Die ursprüngliche Demokratie war nicht nur von der Freiheit, sondern immer auch vom Gleichheitsgedanken ausgegangen (Balibar 2013). Aber die Freiheit und die Gleichheit der Moderne werden durch die Klassenstrukturierung bestimmt oder für die heutige Epoche ganz konkret: eingeschränkt. Der demokratische Klassenkonflikt, der durch Wohlfahrtsstaat und eine ausgebaute Demokratie institutionalisiert war, bricht wieder hervor. Es ist ein multipler Konflikt, in dem Herrschaft und soziale Klassen gleichermaßen thematisiert werden. Er hat eine neue Klassendimension, dreht sich aber im Kern um die Auslegung der Staatsbürgerschaft und ihrer Rechte.

Deshalb handelt es sich um ein staatsbürgerliches Aufbegehren, das die Demokratie zum Movens des Bürgerstatus macht: „*Die demokratische Staatsbürgerschaft ist also konfliktgeladen oder sie ist nicht.*“ (ebd.: 236; Herv. i. Orig.).

## Literatur

- Abensour, Miquel (2012): *Demokratie gegen den Staat*, Berlin: Suhrkamp.
- Balibar, Étienne (2013): *Gleichfreiheit*, Berlin: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver (2013): Postdemokratie, Mitbestimmung und industrielle Bürgerrechte, in: *Politische Vierteljahresschrift* (54) 3, S. 506-533.
- Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver (2014): Prekäre Demokratie? Zu den Auswirkungen atypischer Beschäftigung auf die betriebliche Mitbestimmung, in: *Industrielle Beziehungen* (21) 1, S. 78-98.
- Burawoy, Michael (2010): From Polanyi to Pollyanna: The False Optimism of Global Labor Studies, in: *Global Labour Journal* (1) 2, S. 301-313.
- Calhoun, Craig (2013): Occupy Wall Street in Perspective, in: *British Journal of Sociology* (64) 1, S. 26-38.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Castodiriadis, Cornelius (1990): *Gesellschaft als imaginiäre Institution*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Comaroff, Jean/Comaroff, John (1999): Reflections on Liberalism, Policulturalism, and ID-ology: Citizenship and Difference in South Africa, in: *Social Identities* (9) 4, S. 445–73.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf (1957): *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart: Enke.
- Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart: DVA.
- Davis, Mike (2011): Spring confronts Winter, in: *New Left Review* (II) 72, S. 5-15.
- Décieux, Fabienne/Nachtwey, Oliver (2014): Postdemokratie und Occupy, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* (27) 1, S. 75-88.
- Della Porta, Donatella/ Andretta, Massimiliano /Mosca, Lorenzo/Reiter; Herbert (2003): *No global - new global: Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Dingeldey, Irene (2007): Between Workfare and Enablement. The different Paths to Transformation of the Welfare State: A comparative Analysis of activating Labour Market Policies, in: *European Journal of Political Research* (46) 6, S. 823–851.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2012): *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: *Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte*, Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 21-86.
- Dörre, Klaus/Scherschel, Karin/Booth. Melanie/Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/Schierhorn, Karen (2013): *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2012): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2012, in: *WSI-Mitteilungen* (65) 4, S. 297-305.

- Faist, Michael (2009): The Transnational Social Question Social Rights and Citizenship in a Global Context, in: *International Sociology* (24) 7, S. 7-35.
- Fleckenstein, Timo (2012): The Politics of Labour Market Reforms and Social Citizenship in Germany, in: *West European Politics* (35) 4, S. 847-868.
- Fraser, Nancy (2013): A Triple Movement? Parsing the Politics of Crisis after Polanyi, in: *New Left Review* (II) 81, S. 119-132.
- Gerbaudo, Paolo (2014): *The movements of the squares and the resurgence of popular identity*, Ms.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hamann, Kerstin/Johnston, Alison/Kelly, John (2013): Generalstreiks in Westeuropa 1980-2011, in: *Politische Streiks im Europa der Krise*, Gallas, Alexander/Jörg Nowak/Florian Wilde, Hamburg: VSA, S. 107-113.
- Hartmann, Martin/Honneth, Axel (2010): Paradoxien kapitalistischer Modernisierung, in: *Das Ich im Wir*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 222-248.
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital - and the Crisis of Capitalism*, Oxford: Oxford University.
- Holdt, Karl von/Langa, Malose/Molapo, Sepetla/Mogapi, Nomfundo /Ngubeni, Kindiza/Dlamini, Jacob/Kirsten, Adele (2011): The smoke that calls. Insurgent citizenship, collective violence and the struggle for a place in the new South Africa. Eight case studies of community protest and xenophobic violence, abrufbar unter: [http://www.wits.ac.za/files/67i5t\\_548121001362478286.pdf](http://www.wits.ac.za/files/67i5t_548121001362478286.pdf)
- Holston, James (2008): *Insurgent Citizenship. Disjunctions of Democracy and Modernity in Brasil*, Princeton: Princeton University.
- Honneth, Axel (1994): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2013): Verwilderung des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart*, Honneth, Axel/Lindemann, Ophelia/Voswinkel, Stephan, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 17-39.
- Joppke, Christian (2010): The Inevitable Lightning of Citizenship, in: *Archives Européennes de Sociologie* (51) 1, S. 9-32.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): *Die Aufruhr der Ausgebildeten. Vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld: transcript.
- Lockwood, David (2000): Staatsbürgerliche Integration und Klassenbildung, in: *Citizenship. Soziologie der Staatsbürgerschaft*, Mackert, Jürgen/Müller, Hans-Peter, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 157-180.



- Marshall, Thomas H. (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Marshall, Thomas H., Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 33-94.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles (2001): *Dynamics of Contention*, Cambridge: Cambridge University.
- Moore, Barrington (1982): *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver (2010): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus revisited, in: *Grenzverschiebungen des Kapitalismus*, Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tilmann, Frankfurt/Main: Campus, S. 359-379.
- Nachtwey, Oliver (2013): Zur Remoralisierung des sozialen Konflikts, in: *Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* (10) 2, S. 69-80.
- Neckel, Sighard (2011): Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, in: *Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* (8) 1, S. 117-128.
- Neckel, Sighard/Dröge, Kai (2002): Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft, in: *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Honneth, Axel, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 63-116.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus (2003): *Herausforderungen der Demokratie: zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*: Campus Verlag.
- Ong, Aihwa (2006): Mutations in Citizenship, in: *Theory, Culture and Society* (23) 2-3, S. 499–531.
- Ortiz, Isabel/Burke, Sara/Berrada, Mohamed/Cortés, Hernán (2013): *World-Protests 2006-2013*, New York.
- Parsons, Talcott (1972): *Das System moderner Gesellschaften*, München: Juventa.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pollak, Reinhard (2010): *Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland*, Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- Rancière, Jacques (1996): Demokratie und Postdemokratie, in: *Politik der Wahrheit*, Badiou, Alain/Jacques Rancière, Wien: Turia + Kant, S. 119-156.
- Rosanvallon, Pierre (2013): *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Rucht, Dieter (1999): Gesellschaft als Projekt - Projekt in der Gesellschaft, in: *Neue Soziale Bewegungen - Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Klein, Ansgar/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 15-27.
- Rucht, Dieter/Mundo Yang (2005): Wer protestierte gegen Hartz IV?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, S. 21-27.
- Samuelson, Paul A./Nordhaus, William D. (1998): *Volkswirtschaftslehre*, Frankfurt/Wien: Ueberreuter.
- Sassen, Saskia (2008): *Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Schäfer, Armin (2013): Liberalization, Inequality and Democracy's Discontent, in: *Politics in the Age of Austerity*, Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang, Cambridge: Polity, S. 169-195.
- Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang (2013): *Politics in the Age of Austerity*, Cambridge: Polity.
- Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico (2013): Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich, in: *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 76-98.
- Stiglitz, Joseph (2012): *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, München: Siedler.
- Streeck, Wolfgang (1998): Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?, in: *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Streeck, Wolfgang, Frankfurt/New York: Campus, S. 11-58.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford: Oxford University.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Tarrow, Sidney (2011): *Power in movement. Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge: Cambridge University.
- Thaa, Winfried/Linden, Markus (2011): *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden: Nomos.
- Thompson, Edward Palmer (1980): *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M./Berlin: Ullstein.
- Turner, Bryan S. (1990): Outline of a Theory of Citizenship, in: *Sociology* (24) 2, S. 189-217.
- Wagner, Peter (1995): *Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Wagner, Peter (2012): *Modernity. Understanding the Present*, Cambridge: Polity.
- Wagner, Peter (2013): Provinz und Welt. Demokratie und Kapitalismus in Europa, Brasilien und Südafrika, in: *Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* (10) 1, S. 38-60.
- Webster, Edward/Rob Lambert/Andries Bezuidenhout (2008): *Grounding Globalization: Labour in the Age of Insecurity*, Oxford: Blackwell.
- Wehler, Hans-Ulrich (2013): *Die neue Umverteilung. Soziale Ungerechtigkeit in Deutschland*, München: C.H. Beck.